

durchgeführt sein wird. Die neue Fläche schließt sich an die der Ges. bereits gehörende Fläche von 100 ha an. Die Betriebsmittel der Torfgewinnung umfassen: 4 Großbagger, 1 Strengebagger, 1 Ablegerpresse, 1 Dolbergpresse, 2 Sodenstapler, 2 Sodensammler, 1 Sodentransporteur, 1 Abbunkwalze, 1 Greiferdrehkran, 8 Benzollokomotiven, 7 Rohöllokomotiven, 398 Torfabfuhrwagen, 36 km Feldbahngleis, 118 km Leitungsnetz, 7,7 km Kabel, 38 Transformatoren, 58 Elektromotoren, 1 elektr. Schweißapparat. Die bisher abgetorfte Fläche beträgt 586 ha. Bei einem Torfverbrauch von 1,5 kg pro kWh u. einer jährlichen Erzeugung von 55 Mill. kWh reichen die zur Verfügung stehenden Moorflächen noch etwa 40 Jahre aus.

Seit dem Frühjahr 1926 ist der Torfgewinnung eine Gewächshaus- und Frühbeet-Anlage für die Erzeugung von Gurken, Tomaten und Frühgemüse angegliedert worden. Unter Glas und im Betrieb befinden sich zur Zeit 24 528 qm. Die Heizung der Gewächshausanlage erfolgt durch die Torfkesselanlage des Kraftwerkes, das Kühlwasser des letzteren wird zum Bewässern der Kulturen verwandt und für die Erwärmung des Bodens für Freilandkulturen. Vorhanden sind 3 Ein- und 3 Zweifamilienhäuser.

Versorgungsgebiet: Das Versorgungsgebiet umfaßt 28 preußische Kreise, 12 oldenburgische u. mecklenburgische Ämter, die Freie u. Hansestadt Lübeck, die Provinz Lübeck, die Städte Aurich, Emden, Leer, Norden, Wilhelmshaven-Rüstringen, Harburg u. Wismar, insges. rd. 24 100 qkm mit rd. 1 860 000 Einwohnern.

Sonstige Mitteilungen:

Verträge: Die Werke Wiesmoor, Unterweser und Oldenburg versorgen Ostfriesland, den größten Teil der Republik Oldenburg und gemeinsam mit der Ueberlandzentrale Harburg den Elektrizitätsverband Stade. Der Stromabsatz ist durch langfristige Verträge gesichert. Die Verträge mit der Regierung in Aurich, dem Staat Oldenburg, den Kreisen, Amtsverbänden, Städten und Gemeinden haben durchweg eine Laufzeit von 25 Jahren. Ein Heimfallsrecht für die Erzeugungsstätten besteht bei den vorgenannten Verträgen nicht; auch kann Uebernahme von Durchgangsleitungen nicht verlangt werden. — Die Ueberlandzentrale Lübeck versorgt, außer den Städten Lübeck u. Wismar, vier preußische Kreise, den Staat Lübeck und das Amt Grevesmühlen als Großabnehmer. Die Verteilung an die Verbraucher erfolgt auch hier — wie im übrigen Gebiet der Ges., bis auf eine einzige Ausnahme — durch die Kreise, Genossenschaften u. Gemeinden. Der

Vertrag mit den Städtischen Betrieben der Freien und Hansestadt Lübeck ist verlängert bis 31. Dez. 1955. Der neue Vertrag sieht nicht das Uebernahmerecht der „Städtischen Betriebe“ auf die gesamten Anlagen der Ueberlandzentrale Lübeck vor. Mit der Stadt Harburg-Wilhelmsburg wurde ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, welcher über 30./9. 1937 verlängert worden ist. Die Verträge mit der Stadt Wismar und den übrigen Kommunalverbänden laufen von 1936 bis 1938 ab. Für die direkte Belieferung der industriellen Abnehmer in den angeschlossenen Stadt- und Kreisgebieten werden Abgaben in Höhe von 2—5 % von der Bruttostromeinnahme abgeführt. Ein Installationsgeschäft wird von der Ges. nicht betrieben.

Satzungen: Geschäftsjahr: Okt.-Sept. — G.-V.: Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres in Berlin oder Hamburg stattzufinden (1932 am 21./12. in Berlin). Je nom. 100 RM A.-K. = 1 St.

Gewinnverteilung: Von dem Reingewinn werden zunächst 5 % dem Reservefonds so lange zugeführt, als derselbe den zehnten Teil des jeweiligen Grundkapitals nicht überschreitet. Hierauf werden zur Bildung und Dotierung etwaiger Spezialreserven oder zu sonstigen Zwecken diejenigen Rücklagen vorgenommen, die die Generalversammlung außerdem auf Vorschlag des A.-K. beschließt. Sodann empfangen die Aktionäre den Betrag von 4 % des eingezahlten Grundkapitals. Von dem Rest erhält der A.-R. 10 % Tantieme, während der verbleibende Betrag zur Verfügung der G.-V. steht. Die Mitglieder des A.-R. erhalten außer der statutenmäßigen Tantieme eine Aufwandsentschädigung von 2000 RM, der Vors. 4000 RM für das Jahr. Ueber die Abschreibungen beschließt die G.-V. auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

Zahlstellen: Die Einlösung der Dividendenscheine, die Ausgabe neuer Dividendenscheinhogen, die Ausübung von Bezugsrechten sowie die Hinterlegung von Aktien und alle sonstigen von den Gesellschaftsorganen beschlossenen, die Aktienurkunden betreffenden Maßnahmen erfolgen kostenfrei für die Aktionäre in Berlin bei der Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, in Hamburg: Zweiganstalt Hamburg der Girozentrale Hannover, in Frankfurt a. M.: Nassauische Landesbank, Landesbankstelle Frankfurt a. M., sowie in Berlin bei der Bank des Berliner Kassenvereins. Für die Aktionäre in der Schweiz erfolgt die Hinterlegung von Aktien zu den Generalversammlungen bei der Basler Handelsbank in Basel sowie bei deren Wechselstuben in Basel und Zürich.

Bilanzen

	Goldmark-Bilanz 1./10. 1923	30./9. 1928	30./9. 1929	30./9. 1930	30./9. 1931	30./9. 1932
Aktiva	GM	RM	RM	RM	RM	RM
Anlagevermögen:						(40 945 981)
Grundstücke				1 589 926	1 594 749	1 563 486
Geschäfts- u. Wohngebäude				600 079	593 599	593 399
Betriebsgebäude und andere Baulichkeiten				23 292 677	23 603 250	7 400 603
Maschinen und maschinelle Anlagen						16 968 219
Umspannwerke und Leitungen						
Maschinelle Anlagen	23 959 177	35 700 809	38 115 275	13 478 463	14 412 362	2 614 058
Freileitungen und Kabel						11 812 859
Werkzeuge, Geräte, Inventar				25	25	25
Bergwerksberechtigungen				1	1	1
Im Bau befindliche Anlagen				100 583	396 572	3 330
Beteiligungen	5 152 450	—	1 446 900	2 178 720	1 684 382	1 684 382
Umlaufvermögen:						(6 136 453)
Brennstoffe						110 422
Torfvorräte u. Betriebsmat.				1 328 055	1 126 957	1 043 166
Wertpapiere					1 120 380	2 120 380
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen					2 161 224	836 269
Forderungen an Konzerngesellschaften				1 074 471		732 414
Darlehensforderungen	136 861		355 009	344 810	325 547	441 668
Sonstige Forderungen						237 102
Kasse, Postscheck	1 394	474 569	424 548	7 068	34 453	13 021
Bankguthaben				655 228	857 155	602 010
Rückständige Einlagen auf A.-K.					1 395 617	—
Übergangsposten				30 193	38 731	39 916
Bürgschaften	(615)	(11 500)	(26 600)	(25 352)	(44 576)	(32 201)
Wechselobligo				(3 873 000)	(6 483 000)	(3 300 108)
Summa	29 249 882)	36 425 501	40 341 736	44 680 304	49 350 010	48 806 733